



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Distanziert sich die
Universität von
prangender Parole?

Welche
Gesellschaftsordnung
bestand in der „DDR“?

Ausflug des
Bundespräsidenten a.D.
nach Großlobbichau



Ach ne.

Stadtgespräch

Der Dezernent für Sicherheit setzt ein klares Zeichen, wann er nah drankommt, etwas zu merken. Wenn er selbst betroffen ist

Er muss wohl sich die Frage gestellt haben: Was würde der luschtigste Lusch aller Luschen sagen? Er kam auf: „*Kritik ist legitim – gezielte Herabwürdigung und öffentliche Feindmarkierungen sind es nicht.*“

Sagt er so. Er müsste noch stärker verdeutlichen, wieso er jemand ist, der das so festlegt, und was er denen zu sagen hat.

Es ist ja nicht so, dass nun, da es mal um ihn ging, er sich etwas zurückhaltend geäußert hätte verglichen mit den klaren Kanten, zu denen er sonst greift. Es ist so,

dass er seine maximalen Fähigkeiten angespannt hat. Die sind nun erst einmal ausgeschöpft, so dass, wenn es einmal, wie in den meisten Fällen, nicht um ihn geht, man von ihm weniger erwarten kann, und das ist dann schon gar nichts.

Die Stadt kündigte an, auf weitere Vorfälle dieser Art konsequent zu reagieren und alle rechtlichen Schritte zu prüfen, so heißt es in der Mitteilung. Da wäre es an uns zu fragen: Gilt das auch für alle anderen gezielten Herabwürdigungen und öffentlichen Feind-

markierungen, von denen es ja nicht gerade wenige gibt?

Wenn die Stadt glaubwürdig sein wollte, müsste sie antworten: Natürlich nicht, Sie belieben wohl sich einen Scherz zu machen, wir sind eine weltoffene Stadt und stellen uns klar gegen unsere politischen Gegner, die unsere Vielfalt angreifen.

Wenn die Stadt nicht glaubwürdig sein will, sagt sie: Wir sind gegen jede Form von uns bekannt gewordenen Fällen.

In dieses Dilemma wollen wir die Stadt nicht stürzen und stellen die Frage nicht.

Die Frage nach der Finanzierung der Klebelemente lässt sich mit der Mutmaßung beantworten: Das haben die auf keinen Fall selber bezahlt, das kommt aus den Fördermitteln für die, mit denen der Dezernent kungelt. Der Deal ist, dass es überwiegend gegen andere geht. Eine Unterabteilung der Begleitstrukturen von Jena-solidarisch.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass man sich damit Ruhe erkaufte.

Man ist irgendwann dran, bestenfalls später.

Man kungelt nicht mit denen, die darüber bestimmen, wer die Falschen und wer die Richtigen sind. Das kann der Dezernent daraus lernen.

Was nicht gleichbedeutend ist damit, dass er es tut. ●



Bürgermeister und Dezernent Benjamin Koppe



Keine Ahnung, wer das ist



Von untergeordnetem Interesse



Schäden durch zweckgemäße Benutzung

Wie man sich vielleicht erinnert, wurde ein Teil des als Spielgeld für Bürgerwünsche vorgesehenen Budgets parteipolitisch veruntreut für eine Straßenbemalung in Spektralfarben, was auch auf eine nominell freiheitlich-demokratische Stadträtin zurückzuführen ist, bei der die Frage, ob sie so verdummt ist oder so korrumpiert, nicht auf Dauer ungestellt bleiben kann. Ausgeführt vom städtischen Betrieb; Staatsgeld an den Staat gezahlt für Parteiquatsch.

Es gab ein schönes Pressefoto, Dezernentin und solche, falls man die alle noch sehen kann.

Es hatte nicht lange gedauert, bis der Farbzebrastreifen einer feindlichen Bekleckerung unterzogen worden war. Wieder Presse-termin mit Fotos der Hofgesichter in Betroffenheitsposition, um das Bekenntnis zu Buntfalt und Volleranz zu erneuern mitsamt Restauration des Werkes.

Die Lage jetzt ist die, durch die Benutzung sieht der Straßenabschnitt wieder ziemlich genau so aus wie nach der mutwilligen Beschädigung. Wenn es diesen Hofschranzen ernsthaft um die Anliegen der Gemeinschaft mannigfaltiger Geschlechtsidentitäten gegangen wäre, die diese Sichtbarmachung dringend nötig haben, müssten sie jetzt davon genauso gerämt sein. Es interessiert sie aber genauso wenig, wie wenn die Beschädigung von Vertretern einer religiösen Bereicherung vorgenommen worden wäre.

Die könnten sich ja fotografisch steigern und sich ablichten lassen, wie sie die Farbstreifen schrubben oder nachpinseln. Wenigstens, bis das Foto gemacht ist. Das wäre zweifellos ein noch überzeugenderes Bild als das, wo sie nur stehen oder gehen und gucken.

Es gibt keine richtigen Politiker im Falschen. ●

Vandalismus

Polizeimeldungen zufolge fand im Universitätsareal in der Neugasse eine vandalistisch orientierte Party statt mit Wandbeschmierungen, die auf ein politisches Motiv schließen lassen. Politisches Motiv klingt danach, dass man zu verschreckt ist, um eine Terrororganisation damit in Verbindung zu bringen.

Vorwürfe

Zwei spanische Künstler, die Zeine Lobedaer Plattenbauwand gestalteten, sind mit Vorwürfen des Antisemitismus konfrontiert. Die dargestellte Figur trägt keine Maske. Ein anderes Bildmotiv setzt sich für ein israelfreies Palästina ein, das ist im derzeitigen Verständnis nicht antisemitisch, sondern kulturell bunt und vielfältig und fast Staatsräson.

Demonstration

Auf dem Holzmarkt gab es Kundgebungen jeweils für und gegen Israel, die Antiisraeliten standen näher am Pressehaus, um das Zeichen zu setzen, dass die Zeitung näher bei ihnen ist. Die Proisraeliten waren weniger lautstark und gaben keinen Nachrichtenwert ab, aber man ist ja froh, wenn eine Kundgebung für Israel nicht zur Nachricht eskaliert. Die Demonstration für das

linke Gewalttätige Maja wurde in der Zeitung stark promotet, ganz so, als ob Maja TLZ-Abonent wäre.

Personalmangel

Die Linke-Fraktion im Stadtrat demoniert die Überlastung der Bus- und Straßenbahnfahrer wegen zu wenig Personal. Die wenigen, die arbeiten, können sich auf den solidarischen Schulterschluss von sehr vielen Linken verlassen.

Austritt

Übereinstimmenden Gerüchten nach ist Stadtratsmitglied Bertram Pelzer von den Freien Wählern aus der Partei ausgetreten. Die Freien Wähler sind schon eine so normale Partei, sie bedauern den Austritt nicht und haben ein Mitglied dieses Namens eigentlich nie gehabt.

Sachschaden

Im botanischen Garten haben Unbekannte ein laut Zeitung „mutmaßlich polizeikritisches“ Graffito und andere Schriftzüge unbekanntem Inhalts angebracht und Pflanzen zertrampelt, der Schaden wird auf 10.000 Euro geschätzt. Die Pflanzenkritik ist ein neues Phänomen. Diese Spur könnte in die Szene der Fleischeser führen.



Wie lautet die Distanzierung der Universität von der an der Bibliothek angebrachten Parole „MILITANT ERFOLGREICH OFFENSIV“?



Den Debattenraum bestimmen die akademisierten Genossen. Manch einer, der mit ihnen in Dialog trat, wurde erschossen.

Wir räumen selbstkritisch ein, wir waren nicht empathisch genug und haben uns nicht in die Situation derjenigen versetzt, an die wir unsere Anfragen gerichtet haben. Wir fragten bei der Pressestelle der Universität, in deren Zuständigkeit die Wand der Bibliothek liegt, wie die Distanzierung der Universitätsleitung von dieser Parole lautet, und wir fragten beim Ordnungsamt, welche Partei wahrscheinlich mit der Anbringung dieser Schrift in Verbindung zu bringen wäre. Wir haben uns das so vorgestellt, dass die Universitäts-Pressestelle einfach ihre vorhandene Distanzierungserklärung in die Mail einkopiert und uns schickt. „Wir distanzieren uns klar besonders von militant und offensiv, erfolgreich sind wir indes, allerdings nicht im politisch extremistischen Sinne, Erfolgreichsbürger haben bei uns keinen Platz“, so etwa. Und vom Ordnungsamt hätte kommen können: „Wieso eine? Wir haben keine Kenntnis, wie die Parteien das unter sich ausmachen und aus

welchem Demokratietopf etwaige Kosten abgerechnet werden“, das hätte die Ansage sein können.

Die Uni-Pressestelle antwortete uns: „Die Universität sieht sich nicht in der Verantwortung, sich inhaltlich zu Parolen zu positionieren, die im Rahmen einer Sachbeschädigung an ihren Gebäuden oder Gebäuden der Bibliothek angebracht wurden. Vielmehr ist sie in solchen Fällen selbst Geschädigte eines unerlaubten Eingriffs in ihren Eigentumsbereich.“

Da haben wir Unzumutbares erwartet. Die können sich nicht distanzieren, selbst, wenn sie wollten, was sie lieber nicht tun oder gar nicht einsehen. Sie wären als Feind markiert, als Feind der aggressiven und gewalttätigen Linken.

Das Geschehen in der Stadt mag als Auswuchs korrupten Filzes und kompletter Verkommenheit erscheinen, die Akteure machen gar den Eindruck verbrecherisch dummer Widerlinge, aber das täuscht, sie haben einfach Angst. Sie haben eine Methode gefunden, sich selbst gut zu fühlen, um ihre Angst vor sich selbst zu kaschieren, und zuweilen bemühen sie sich, den Bürgern noch mehr Angst einzujagen,

weil die Leute inzwischen weniger Angst vor den Politikern haben als vor den Wirkungen der Politik, also verstärkt man wieder die Angst vor den Politikern, aber die Politiker haben keine Selbstachtung, nur Selbstgefälligkeit, und retten, in ihrem verdrängten Gefühl und nach ihrer nicht reflektierten Auffassung, ihr mieses sinnloses Leben durch politische Angepasstheit. Sie können nicht mehr anders.

Entsprechend die Journalisten. Die einen sind Aktivisten, die anderen sind den Aktivisten angepasst, sie sind nicht einfach gekauft, wie man vermuten könnte, sie haben die Wahl: überbezahlt oder weg. Wer wollte es ihnen verübeln, dass sie lieber überbezahlt sind.

Dann kann man ihnen auch nicht nachtragen, dass sie ihre Parteipremissen verinnerlichen. Nur so kommt man über den Tag, ohne das Spiegelbild zu fürchten.

Sie alle dürfen sich keinen Zweifel anmerken lassen und darum gar keinen entwickeln. Sie können nur der Gegenseite ihre eigenen Eigenschaften unterstellen.

Sie alle werden später nur sagen können: Sonst wären wir selber dran gewesen. ●

Report

Vortrag vor der Zielgruppe der kolonialistisch Belasteten

Das Kulturprogramm von Schloss Ettersburg ist nicht gleichgefordert und darum unabhängig, was im Kulturbetrieb gleichbedeutend ist mit inexistent oder bestenfalls umstritten. Umso überraschter war der Geschäftsführer, als er erfuhr, auf die Veranstaltung mit der Islamkundigen Susanne Schröter war auf MDR-Kultur hingewiesen worden mitsamt telefonischer Befragung der Referentin.

Als diese darin sagt, sie habe zu der sexuellen Gewalt gegen Frauen in der Silvesternacht 2015 in Köln und anderswo auf kulturelle Ursachen verwiesen, worauf ihr Rassismus vorgeworfen wurde, meint die Moderatorin, wir sollten doch alle mehr miteinander reden und uns nicht gleich gegenseitig verdammen, so in der Art.

Was die Moderatorin selbst zu unternehmen gedenkt, um diese Auffassung im MDR populär zu machen, sagt sie nicht. Hängen bleibt, man wird und man kriegt. In die rassistische Ecke gestellt und so weiter. Macht man also lieber nicht.



Im Vortrag führt Susanne Schröter aus, wer das getan hat. Kollegen, vorzugsweise Kolleginnen, aus der Universität, Feministinnen allesamt, der Selbstbestimmung zufolge. Der Feminismus endet da, wo die Frauen nicht von denen, mit denen man leicht fertig wird, angegriffen werden.

Was die Universitäten und die gesamte akademische Intelligentsija zum Opfer der Verdummung gemacht hat, darüber berichtet sie auch, es sind die sogenann-

ten Postkolonialen Studien, das ist die Ideologie, dass der ganze Nordwesten schuld ist wegen der Kolonialgeschichte und dass alles unter diese Denknorm subsumiert wird. Opfer sind dann nicht die nordwestlichen Frauen, weil sie keine sein können, sondern die eingewanderten Kolonisierten. Man erinnert sich vielleicht, dass so tatsächlich argumentiert oder gewäschgeplappert wurde, etwa von dem gemessen am Intellekt übermäßig einflussreichen Jakob Augstein.

Die sexuelle Gewalt ist nur einer von vielen Aspekten, die in der romantisierenden Sicht der linksgrünen Wessielite folkloristisch rezipiert werden. Sollen die Bürger ruhig einen Schrecken eingejagt kriegen, das wollten die Grünen ihren eigenen Bekundungen zufolge schon lange. Ihre Ignoranz belebt ihr Geschäft.

Die arabische Sprache hat ein Wort dafür, sich zum gemeinschaftlichen sexuellen Missbrauch von Frauen zu verabreden, sagt Susanne Schröter.

Bei den Grünen wird es höchstwahrscheinlich ein Wort geben dafür, dass das nicht stimmt. ●



Neue Kampfkultur

Größtenteils gegen Steuerbord und die anderen bandenmäßigen Gesichtzeiger befinden sich im Widerstand gegen die Buchmesse in Halle; eine freie unabhängige Buchmesse ist ein Angriff auf ihre Förderkultur. Unter denen, die dafür mit Präsenz auf MDR-Kultur belohnt werden, ist der heidelbergsozialisierte Verleger eines mitteleuropäischen Verlages, ihn ersuchten wir um die Auskunft: Welche Bücher sollen Ihrer Meinung nach nicht geschrieben, nicht verlegt, nicht angeboten beziehungsweise nicht gelesen werden, was soll mit solchen existierenden Büchern am besten geschehen, und



welche Art von Anschlägen auf die Messe würden Sie für begründet halten?

Wir erhielten bislang keine Antwort, Geschriebenes scheint nicht so seins zu sein.

Allem Anschein und aller Wahrscheinlichkeit nach wartet er erst mal ab, was für ein Anschlag tatsächlich verübt wird, und schließt sich dann der veröffentlichten Mehrheitsmeinung an.

Er verzichtet übrigens lieber auf einen ihm kostenlos angebotenen Stand, als so einem Publikum seine Bücher anzubieten.

Das ist dann wohl der Kulturkampf, von dem man so viel hört, bei dem einen ist Kultur und bei den anderen ist Kampf. ●

Ist die umstrittene Qualitätsanmoderation Meinung oder Fakt?

Wir wollten Schärfe aus den aufgeheizten Wogen der debattierten Polarisierung nehmen und fragten beim ZDF an, nachdem die Moderatorin des heute-Journals „oftmals abscheuliche, rassistische, sexistische und menschenfeindliche Aussagen“ festgestellt hatte, ob die Einstufung „oftmals abscheuliche, rassistische, sexistische und menschenfeindliche Aussagen“ Meinung oder Fakt sei.

Wir erhielten zur Antwort: „In der Anmoderation des Beitrags über die Folgen des Attentats auf Charlie Kirk im „heute-journal“ am 11. September 2025 lautete die Passage: ‚Dass es nun Gruppen gibt, die seinen Tod feiern, ist mit nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit seinen oftmals abscheulichen,

rassistischen, sexistischen und menschenfeindlichen Aussagen‘. Dunja Hayali hat klar gesagt, dass die Gewaltverherrlichung durch Dritte zu verurteilen ist. Zur Kritik an der Aufzählung, die einen falschen Eindruck erweckt hat: Sachliche und konstruktive Kri-

tik ist ausdrücklich willkommen und trägt dazu bei, die journalistische Arbeit weiter zu schärfen. Für Hass, Hetze und Drohungen gegen ‚heute journal‘-Moderatorin Dunja Hayali zeigt das ZDF jedoch keinerlei Verständnis. Das ZDF stellt sich schützend vor seine Journalistinnen und Journalisten und bringt strafrechtlich relevante Äußerungen konsequent zur Anzeige.“

Was ja zu der Frage geführt hat. Meinung oder Fakt? Hat sie ihre Meinung gesagt oder über Tatsachen informiert?

Vielleicht hätten wir diese Frage dem ZDF noch besser erklären sollen und den Pressesprecher da abholen, wo er ist, damit er sich gehört fühlen kann. ●



Personen

Langsamer steigende Bereicherung oder gesunkene Toleranz?

Wie in den Nachrichten leider zu hören war, wurde bei der Messung des Vielfalt-Luftdrucks festgestellt, die Toleranz in Deutschland hat abgenommen. „Die Zustimmung zur gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland nimmt spürbar ab. Das zeigt die aktuelle Ausgabe des Vielfaltsbarometers 2025 der Robert Bosch Stiftung.“ Die Befragung war repräsentativ, nicht mit Zufallspassanten aus der Partei. „Während 2019 noch 63 Prozent der Befragten zunehmende Vielfalt eher oder sehr stark als Bereicherung erachteten, waren es 2025 noch 45 Prozent.“

Weniger Menschen erwarten von mehr Vielfalt mehr Bereicherung. Aber ist damit die Toleranz gesunken?

Wenn man inzwischen mehr Vielfalt hat und die damit verbundene Bereicherung, würde man bei gleicher Toleranz dann auch noch mehr Bereicherung durch noch mehr Vielfalt erwarten müssen? Könnte es sein, dass die Bereicherung oder die Bereicherungserwartung nicht im gleichen

Maße steigt wie die Vielfalt, sondern eher logarithmisch, das heißt etwa, als Rechenbeispiel, die doppelte Vielfalt bringt nur noch

die Dummen nehmen dann gar keinen Anstieg mehr wahr.

Man müsste also zur Bestimmung der Toleranz den gemes-



die Hälfte mehr Bereicherung und zehnfache Vielfalt nur noch ein Zehntel an weiterer Bereicherung,

senen Zustimmungswert ins Verhältnis zur Menge an bestehender Vielfalt setzen.

Vielleicht haben sie das bei der Robert-Bosch-Stiftung ja getan, wir fragten nach, ob der Wert ins Verhältnis zu der bestehenden Vielfalt gesetzt wurde, ob also „noch mehr Vielfalt als jetzt bringt nicht genauso viel mehr Bereicherung wie 2019“ als gesunkene Toleranz gezählt wird oder nicht.

Wir baten um eine Antwort ohne Deppinnendoppelpunkt, welchen die Bosch-Stiftung auf ihrer Internetseite und gewiss auch sonst überall einsetzt, um das Signal zu geben, hier ruft die Partei.

Leider blieben wir ohne Antwort, so dass wir es beim Postulat belassen müssen, dass, wer die Toleranz messen möchte, in die Berechnung all das einfließen lassen möge, was schon geduldet wird. ●



Gehört Bundespräsident a.D. Gauck letztlich doch noch zu denen, die seinen Vater verhaftet haben?

Es hatte sich durch die DDR herumgesprochen, da ist ein Pfarrer, der gesagt hat, „ich gehe nicht zu den Pionieren, weil ich nicht zu denen gehören will, die meinen Vater verhaftet haben“, es war, als Junge, was entsprechend lange her ist, der spätere Bundespräsident Joachim Gauck.

Imaginata-Professor Fauser hat ihn zum Gespräch in die Kirche in Großlöbichau eingeladen, was man ruhig staunend bewundern darf.

Wie sehr fällt dem Alt-Bundespräsidenten auf, dass er nun doch noch zu denen gehört, die seinen Vater verhaftet haben? Sei es allein durch Repräsentanz? Es ist festzuhalten, dass er die Frage sofort versteht. Weniger überraschend ist, dass er die zugrundeliegende Sicht nicht teilt, ganz und gar nicht, ist doch alles ganz anders und nicht vergleichbar. Die Frage

konnten wir nach dem offiziellen Teil stellen, der Alt-Bundespräsident findet ganz offenkundig wirklich Vergnügen daran, mit Leuten zu reden und auch mal etwas anderes zu hören, als was sonst so dauernd zu hören ist.

Womit wir beim schwächeren Punkt der Veranstaltung wären. Der große Konsens mal etwas anders formuliert, so hätte sie betitelt sein können. Was seine Betrachtung der inneren Zustände angeht, bleibt er vollständig in dem in sich schlüssigen Kosmos des bei Hofe Zulässigen. Er rühmt unsere Freiheiten, und ja, die kennen wir alle aus der Zeit sagen wir zwischen Wende und Merkel, Merkel als Zeitbestimmung. Wählen und Meinung sagen, andere können das nicht, also was gehen welche nicht wählen, denen ist das zu schwer, so meint er.

Er empört sich, mit welcher

Überlegenheitsattitüde die israelischen Siedler über die Araber reden – welchen Vergleichsmaßstab er da hat, wissen wir nicht, vielleicht die Rhetorik im mittleren sozialpädagogischen Seminar, wir wissen nur, welchen Vergleich er nicht anlegt: wie die Palästinenser und Berliner Demonstranten und der Kulturbetrieb und zufällig gewählte Imame über Juden reden.

Den Schwachkopf-Fall kennt er, aber wurde der verurteilt? Meldestellen, darauf geht er nicht ein. Es hat nur leider keinen Sinn, uns daran zu erfreuen, dass wir nicht Türkei sind. Wir haben den Vergleich mit der D-Mark-Zeit. Was er Rühmendes über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anführt, kennen wir alles und würden uns es gern zurückwünschen.

Na und Trump erst, die Amerikaner hätten bisher Präsidenten, aber nie einen Führer wie Hitler gehabt, jetzt besetzt Trump Richterposten und wenn das oberste Gericht nicht mehr die Freiheit schützt, sondern Parteiinteressen verfolge, dann Gute Nacht! Er sagte „dann gute Nacht Marie“, aber da stellt man sich kein diverses Wesen vor. Ja klar, oberstes Gericht, kommt uns das bekannt vor? Allerdings, was die Frage aufwürfe: in welchem Wandlitz hat er die letzten Jahr zugebracht? Wahlen sind auch nicht mehr, was sie mal sein sollten.

Manche fangen nach ihrer Amtszeit an, plötzlich deutliche Worte zu finden. Joachim Gauck war schon die ganze Zeit bewundernswert redegewandt, so dass der Zusatz „für sein Alter“ entfällt, und da freuen wir uns für ihn. ●



MANCHE HABEN NICHT DIE FÜR DIE DEMOKRATIE NÖTIGE GEDULD. DENEN DAUERT ES ZU LANG, BIS DIE FLASCHENDECKEL AN DER FLASCHE BLEIBEN ODER PANDEMIEMASSNAHMEN UMGESETZT WERDEN ODER DIE GESELLSCHAFT TRANSFORMIERT IST ODER DIE SPRACHE GERECHT WIRD, UND SEHNEN SICH NACH AUTORITÄRER FÜHRUNG. SOLCHE GIBT ES IMMER.

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Gibt es etwa eine Gesellschaftsordnung, die in der Theorie nicht vorkommt?

Die Parteimitvorsitzende wird im *Stern* interviewt, wenn uns das einer vor ach egal. „Das in der DDR war kein Sozialismus. Also nicht so, wie ihn sich meine Partei vorstellt.“ Das sagt sie und erweckt ein gewisses Aufsehen, auf das es ja ankommt in unserer prätransformatorischen Informationsgesellschaft.

Wie wir aus der Geschichte gelernt haben, ist der nächste Sozialismus immer der beste, wohingegen der, an den man gerade zu glauben hatte, arge Mängel aufwies, die keiner sehen konnte, der das Große und Ganze im Auge hatte. Und die Menschen natürlich, die waren noch nicht so weit, die Sache richtig anzupacken.

Die Parteivorsitzende ist nun kraft Position die Person, die darüber zu befinden hat.

Darum fragten wir bei ihrem Abgeordnetenbüro sowie bei der Pressesprecherei des Vorstandes an: Was war es dann? Kapitalismus, oder eine Gesellschaftsordnung, die in der Theorie nicht vorkommt?

Nach der herrschenden Theorie wird der Kapitalismus gesetzmäßig überwunden durch die proletarische Revolution, die zum Sozialismus führt, später in die klassenlose Gesellschaft. Sollte also in der Theorie eine Lücke sein oder war die entwickelte sozialistische Gesellschaft noch immer in Wahrheit Kapitalismus, wo vom Klassenkampf abgelenkt wurde durch die Propagierung, der Sozialismus hätte bereits gesiegt? Von der Sowjetunion können wir das nicht gelernt haben. Über die anderen Volksrepubliken hat sich die Vorsitzende nicht geäußert.

Leider wurde uns keine Antwort zuteil in dieser wichtigen Frage. Vielleicht ist sie zuerst in einer Grundsatzkommission abschließend zu beantworten.

Es hängt davon ja auch ab, ob die Einheitspartei Deutschlands



keine Sozialistische war in der Vorstellung der Partei und ob die Partei des Demokratischen Sozialismus eine des demokratischen Kein-Sozialismus gewesen wäre, das geht uns alle etwas an.

Wir haben Verständnis, wenn Sie nun verunsichert sein sollten. Kann es passieren, dass wir noch erleben, dass unsere Demokratie im Rückblick zu keiner Demokratie oder nicht unserer erklärt wird?

Kann alles passieren, und dann müssen wir den jungen Kräften die Chance geben, es diesmal besser zu meinen.

Es wäre wichtig, wenn mit der Erkenntnisgewinnung schon mal begonnen werden könnte. Die Frage: „Wo leben wir denn?“ wird immer häufiger gestellt, und ihre Beantwortung darf nicht denen überlassen werden, die nicht über die theoretischen Fundamente verfügen. ●

Frage an den AKRÜTZEL-Briefkasten: Stimmt es, dass Richter von Strafprozessen abgezogen werden für Verwaltungsgerichte?

Woher sollen wir das wissen? Wenn irgendwelche gierigen würdelosen Anwälte so was behaupten, um zu begründen, warum sie keine wenig lukrativen Strafsachen machen wollen, ist damit noch nichts über die Faktenlage gesagt, die können wir allerdings nicht überprüfen. Soll doch die Lokalzeitung recherchieren. Kleiner Scherz.

Da die geäußerte Theorie keine Verschwörung enthält, wäre sie also keine Verschwörungstheorie und man wäre kein Verschwörung Anhänger dadurch, sie für möglich zu halten. Auch das sagt nichts über den Wahrheitsgehalt.

Wenn man sich herbeiphantasiert, was Verwaltungsklagen heutzutage in der Masse sind, dann klingt das schon sehr nach Geldbeschaffungsprogramm für grüne Anwälte. Anwälte und Grüne sind Leute, die jemanden dafür verklagen, wenn sie selber dessen Klischees erfüllen. Darum wollen wir nicht vorverachten.

Es zeigen sich also zwei Möglichkeiten. Die Vermutung ist falsch, dann stammt sie aus dem steuerbordvulgaristischen Milieu, wo man das selbsternannte Volk gegen unsere Demokratie aufzuwiegeln versucht, indem man eine Dysfunktionalität des Staates vortäuscht und so das Vertrauen in die Repräsentanten der zu Recht gesellschaftlich relevanten Elite untergräbt.

Oder die Vermutung ist richtig, dann hat das aber auch seine Ordnung im Sinne unserer Werte. Eine an Recht und Gesetz gebundene Verwaltung braucht eine zügig arbeitende Gerichtsbarkeit, wogegen Strafen nur für Unmut sorgen, zumal die Straftäter überwiegend vermindert schuldfähig sind oder eine schwere Jugend vor sich haben. Der Zusammenhalt der Gesellschaft hängt auch von der Milde der Justiz gegenüber Menschen, die auf die schiefe Bahn geraten sind und kaum etwas dafür können, was sie tun, ab. Außer bei Äußerungsdelikten

natürlich, weshalb wir nur hoffen können, dass der Kampf gegen Groll und Abscheu unvermindert fortgeführt wird, vielleicht

und insbesondere außerhalb der staatlichen Gerichte. Die dadurch bewirkte Stärkung der Zivilgesellschaft wäre zu begrüßen. ●



Jenaer Impressionen



DAS DING für Ihre Einweihungsparty
oder alle anderen Events

**BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET
ALLE, DIE DAS WOLLEN
(03641) 619434
IN JENA ~~AB~~ BIS 300,- EURO**



www.buchhaus-loschwitz.de



**TRUSTED
CARTOONS**

Kann ich mich mit identifizieren.

Lassen Sie sich zeichnen!
Nur so ein Vorschlag. 150 Euro.
03641-619434

Gratis-PDF auf
zellerzeitung.de



www.solibro.de

Die fröhliche Minute: Senior-Influencer



auch www.solibro.de

☰ YouTube 🔍 🔊



- Uploads v
Zeller Zeitung -
- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5

Auf Youtube oder www.zellerzeitung.de



Kundgebung: Mehrere fordern sofortiges Hassverbot



Beim Verbot des Hasses darf es kein weiteres Zaudern geben, so sehen es die Demonstrierenden. „Auch wenn der Hass dadurch nicht vollständig verschwindet, wäre mit dem Verbot das klare Zeichen gesetzt, dass die Gesellschaft sich eindeutig gegen Hass positioniert“, sagt die Kundgebungsleiterin und verweist auf fehlende Fördermittel, weshalb die Forderung weniger demonstrativ zum Ausdruck gebracht werden kann, als nötig wäre.

Wir brauchen keine neu formulierten Bekundungen der Betroffenheit



gebracht wird. Gewiss, den Werbetextern würden auch mal andere einfallen, aber sie sind damit ausgelastet, anschaulich zu erklären, warum wir nicht denen hinterherlaufen dürfen, die uns vor ihren Karren spannen lassen wollen.

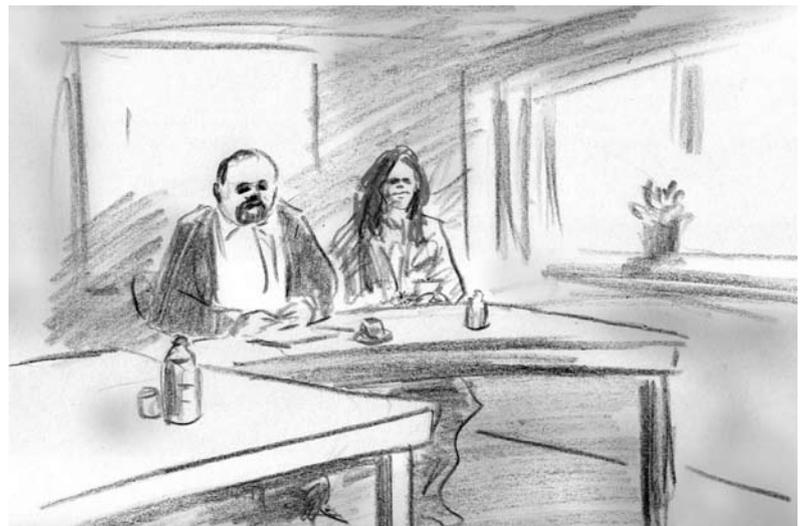
Es würden immer wieder die gleichen Betroffenheitsbekundungen geäußert, heißt es aus wütender Ecke. Ja welche denn sonst? Es ist schließlich immer wieder dieselbe Betroffenheit, die zum Ausdruck

Betrüblicher Rekord: Das Aus macht seine Drohung immer häufiger wahr

Dass das Aus droht, ist leider zur gewohnten Nachricht geworden. Darum oder gerade trotzdem sollten diese Drohungen ernstgenommen werden, denn die Statistik zeigt, dass den Drohungen immer häufiger Konsequenzen folgen. „Wenn das Aus erst einmal gedroht hat, ist eine Abwendung der Eskalation oft nicht mehr möglich“, heißt es aus dem Amt für Risikofolgenabwägung.



Studie: Mehrheit fühlt sich durch Informationen über Kontroversen zerrissen



Die Spaltung der Gesellschaft reicht bis in die Individuen hinein. Die Diskussionen bringen nicht nur Diskussionsstoff, sondern auch Verunsicherung, was von wem behauptet wird und was man sagen kann, aber dann muss man eben mit Konsequenzen rechnen. Die meisten wünschen deshalb, gar nicht über Themen informiert zu werden, die zur Polarisierung führen können. Inwieweit das machbar wäre, steht auf einem anderen Blatt.